

KATHOLISCHE  
FRAUENGEMEINSCHAFT  
DEUTSCHLANDS



*leidenschaftlich  
glauben und leben*

kfd-Bundesverband e.V.  
Prinz-Georg-Str. 44  
40477 Düsseldorf  
T. 0211/44992-0  
F. 0211/44992-75

info@kfd.de  
www.kfd.de

# Materialien zur Bundestagswahl 2021

Wir haben für Sie zu acht kfd-relevanten Themen die Positionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD den Positionen der kfd gegenübergestellt. Sich intensiv mit Aussagen dieser Parteien auseinanderzusetzen, ist für eine umfassende Meinungsbildung wichtig.

Grundlage für die zusammengefassten Aussagen der Parteien sind ihre veröffentlichten Wahlprogramme.

Stellen Sie Ideen, Forderungen und Positionen einzelner Parteien auf den Prüfstand und entwickeln Sie Ihre eigene Meinung.

Ziel ist eine Auseinandersetzung mit politischen Forderungen der acht genannten Parteien zu frauenrelevanten Themen.

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

### **Wir fordern:**

**Gender-Mainstreaming muss eine Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung und -politik werden.**

- Gesundheitsdienste gerade in ländlichen Gegenden dürfen nicht aus Effizienzgründen geschlossen werden. Eine flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung muss gesetzlich erhalten bleiben.
- Jedem Menschen steht zu jeder Zeit das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu.
- Erhalt des Embryonenschutzgesetzes.
- Förderung der Eigenverantwortung schwangerer Frauen: Frauen sollen selbst entscheiden, welche vorgeburtlichen Untersuchungen sie vornehmen lassen, dazu bedarf es einer umfassenden Information über Risiken, insbesondere bei invasiven Maßnahmen.
- Beibehaltung des Verbotes der Präimplantationsdiagnostik.
- Kur- und Erholungsmaßnahmen (Mütterkuren) für Väter und Mütter sind Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und müssen genehmigt werden. Pflegende Angehörige können ebenfalls solche Kuren beantragen.
- Stärkung der Palliativversorgung und von stationären und ambulanten Hospizdiensten.
- Frauengesundheitsforschung, um die Defizite in Bezug auf lebensweltliche Ursachen, Diagnostik und Therapie zu allen Krankheitssymptomen zu beseitigen.

- Die kfd fordert seit langem die gesellschaftliche Anerkennung der unbezahlten Arbeit in der Familie, die Frauen zum Teil zusätzlich zu Erwerbsarbeit leisten. Dazu gehört das Recht auf präventive Rehabilitation, die auf die spezifischen Belastungen und Erfordernisse der Familienarbeit angepasst ist, wie sie zum Beispiel das Müttergenesungswerk in seinen Einrichtungen anbietet.



***kfd***

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

**Frauen und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention berücksichtigt werden müssen.**

- In der Medizinforschung müssen die Bedürfnisse von Frauen und Kindern stärker berücksichtigt werden.
- Stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung.
- Bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Kliniken und Erhalt der Versorgung in den ländlichen Regionen.
- Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes.
- Betreuungsschlüssel für Hebammen, der eine 1:1 Betreuung im Kreißaal vorsieht. Daher muss auch die Geburtshilfe aus dem System der „diagnosebezogenen Fallpauschalen“ entlassen werden.
- Länder und Kommunen müssen dafür sorgen, dass Krankenhäuser, die öffentliche Mittel erhalten, Schwangerschaftsabbrüche als Grundversorgung anbieten. Anerkennung der Verantwortung und des Selbstbestimmungsrechtes von Frauen: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.
- Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln.

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

### **Soziale Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung bekämpfen!**

- Öffentlicher Haftungsfonds, um Hebammen als erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere unabhängig von privaten Versicherungen zu machen.
- Reproduktive, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung für Frauen = umfassende Aufklärung, Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch.
- Legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Paragraphen §§ 218-219b Strafgesetzbuch (StGB) will Die Linke streichen. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Sämtliche Verhütungsmethoden müssen von der Krankenkasse bezahlt werden.
- Frauen\*hygieneprodukte müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in öffentlichen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Künstliche Befruchtung muss auch nicht verheirateten, lesbischen und Single-Frauen\* durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.
- Frauen\* mit Behinderungen haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und Elternschaft.

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

### **Wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle!**

- Lebenslanges Gesundheitslernen: Kinder aber auch Erwachsene erhalten entsprechende Informationen.
- Kontrollierte Freigabe von Cannabis an volljährige Personen.
- Liberales Sterbehilfegesetz: Es gilt das Selbstbestimmungsrecht auch am Lebensende.
- Modernes Fortpflanzungsmedizingesetz: Legalisierung der Eizellspende, der Embryonen sowie und der nichtkommerziellen Leihmutterschaft. Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein.
- Finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen, auch Paare ohne Trauschein und Alleinstehende sollen einen Anspruch auf Förderung haben.
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Hebammen sowie innovative Möglichkeiten für altersgerechtes Arbeiten. Von fachfremden Tätigkeiten sollen Hebammen entlastet werden. Einführung des ergänzenden Berufs der „Mütterpflegekraft“ für die Vor- und Nachsorge im Wochenbett.
- Abschaffung § 219a Strafgesetzbuch.

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

**Unser Leitbild ist eine medizinische und pflegerische Kultur, die dem ganzen Menschen dient.**

- CDU/CSU werden Bürokratie reduzieren, damit Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal mehr Zeit für Patientinnen und Patienten haben und Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver werden.
- Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen sie medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Beratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patientenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.
- CDU/CSU sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen digitalen, wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg, zum Beispiel zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallversorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und Sanitätshäusern haben. Sie setzen sich verstärkt für den flächendeckenden Ausbau des psychotherapeutischen CDU/CSU wollen eine lebensbejahende Beratung für Menschen, die unheilbar und mit begrenzter Lebenserwartung erkrankt sind. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, wird sie dafür sorgen, dass der Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung garantiert wird.
- Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen.
- Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen CDU/CSU ab.

## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

### **Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.**

- Krankenhaus- und Notfallversorgung reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt vorantreiben.
- Verbesserungen bei der Geburtshilfe und eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe.
- Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in der medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden.
- Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht.
- Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten Zugangs und umfassende Informationen zum Schwangerschaftsabbruch sind dafür notwendig.
- Ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Ärzt\*innen, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.



## **Verbesserung von Gesundheitssystem und -versorgung:**

**Die AfD betrachtet die Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum als eine der aktuell dringendsten Aufgaben.**

- Einführung eines Individualbudgets für Krankenhäuser, um auch in strukturschwachen Gebieten wohnortnah beispielsweise Notfalleinrichtungen, Abteilungen für Geburtshilfe und insbesondere die stationäre Behandlung von Kindern zu ermöglichen.
- Serviceorientierte ambulante Versorgung durch Beendigung der Budgetierung.
- Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen.
- Schwangerschaftsberatungen müssen mit transparenten Qualitätsstandards und möglichst unter Einbeziehung der Väter durchgeführt werden.
- Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung von Abtreibungen. Sie muss stattdessen dem Schutz des Lebens dienen.
- Die AfD fordert, dass Kurzzeitpflegeplätze in den Krankenhäusern durch die Pflegeversicherung finanziert werden.
- Eine Verpflichtung zur Organspende lehnt die AfD ab. Der Prozess des Sterbens ist durch die bewährte Palliativmedizin und eine passive Sterbehilfe zu begleiten.

## Quellenverzeichnis:

- Sozialdemokraten (SPD): AUS RESPEKT VOR DEINER ZUKUNFT. DAS ZUKUNFTSPROGRAMM DER SPD – WOFÜR WIR STEHEN. WAS UND ANTREIBT. WONACH WIR STREBEN.  
Zu finden unter: <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>
- Die Linke: Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!  
Entwurf zu finden unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21\\_Entwurf\\_Vorsitzende.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf)
- Freie Demokraten (FDP): NIE GAB ES MEHR ZU TUN. DAS PROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN.  
Zu finden unter: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP\\_Programm\\_Bundestagswahl2021\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf)
- Christlich demokratische/soziale Union (CDU/CSU): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.  
Zu finden unter: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>
- Bündnis 90/Die Grünen: DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.  
Zu finden unter: <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>
- Alternative für Deutschland (AfD): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag  
Zu finden unter: <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20- - AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf>